

eine Abhängigkeit geraten. Studenten fragen Hochschulpfarrer nicht danach, ob er etwas durchsetzen kann, das kann er sowieso. Sie fragen: Wie glaubwürdig bist du? Was für ein Mensch bist du? Kann man z. B. gegen dich als Baum anrennen, oder fällst du gleich um? Autorität wird nur anerkannt, wenn sie auf persönlicher Echtheit beruht, wenn die „Autorität“ auch selbst Ungewißheiten und Konflikte aushält und nicht über allem steht.

HK: Mit den Bischöfen haben Studenten- und Hochschulgemeinden immer dann zu tun, wenn es zu Auseinandersetzungen kommt. Von Studentenfarrern kann man hören, Bischöfe interessierten sich wenig für den Normalfall, vergäßen die Hochschulgemeinden, wenn einmal keine Konflikte auf der Tagesordnung stehen.

Weiber: Es hat in der Tat oft den Anschein, als interessiere die Kirche als ganze sich für die Studenten oder die Situation an der Hochschule vorwiegend nur dann, wenn es zu Konflikten kommt. Aber es ist natürlich auch ein Ausdruck von Interesse seitens der Bischöfe, wenn sie die Arbeit der Gemeinden und des überregionalen Zusammenschlusses der AGG kritisch begleiten. Bei den Delegiertenversammlungen waren in den letzten Jahren nur selten Bischöfe anwesend. Und wenn sie mitdiskutiert haben, ging es meistens um Strukturdebatten, um Satzungen und um den Vorwurf der Einseitigkeit und nicht um eine inhaltliche Diskussion. Ich vermisse, daß dann, wenn es zum Konflikt kommt, die Bischöfe sich auch inhaltlich der Diskussion stellen. In vielen Diözesen herrscht ein gutes Verhältnis zwischen der Diözesanleitung und den Gemeinden. Aber auf der oberen Ebene, nicht nur zwischen der Bischofskonferenz und der AGG, gibt es fast nur ein

Konfliktverhältnis. Das weckt in mir den Verdacht, daß „oben“ Leute sitzen, denen diese Form von Gemeinde überhaupt ein Dorn im Auge ist. Wir Studentenfarrer haben oft beklagt, daß wir, die wir an dieser Stelle für die Kirche den Kopf hinhalten, in unserer Kompetenz so wenig gefragt sind. Ich habe oft den Eindruck, daß man uns an irgendwelchen Idealen mißt und sich selbst zu wenig mit den Realitäten konfrontiert. Wir Studentenfarrer arbeiten oft mit schlechtem Gewissen und nicht im Bewußtsein, brüderlich mit den Kirchenoberen verbunden zu sein.

HK: Bei den Auseinandersetzungen der Studenten- und Hochschulgemeinden mit den Bischöfen geht es, verkürzt gesagt, auch um die Alternative: Gemeinde von Studierenden oder Seelsorge an den Hochschulangehörigen. Abschließend gefragt: Wie kann es in dieser Diskussion eigentlich weitergehen?

Weiber: Ich halte dies für keine Alternative. Wenn „Hochschulseelsorge“ heißen soll: Ein-Mann-Seelsorge, nur Bildungsarbeit in Form von Vorträgen und Einzelgesprächen, Sorge um Menschen, die mit dem Evangelium und dem Heil „versorgt“ werden müssen, dann halte ich ein solches Konzept für einen Rückschritt. So hat die Hochschulseelsorge begonnen, und sie hat sich natürlicherweise zur Hochschulgemeinde weiterentwickelt, weil die „Versorgten“ das Bedürfnis spürten, das Gehörte gemeinsam zu verarbeiten und auszuprobieren. Jesus hat auch nicht nur verkündet, sondern selbst die neue Praxis gelebt. So halte ich es für unverzichtbar, daß das eine vom anderen lebt: die Seelsorge von der Gemeinde und die Gemeinde von der Seelsorge.

Friede ist trotz allem möglich

Ein ungewöhnliches Bischofswort zum Nordirlandkonflikt

Unter dem Titel „Ein neues Herz für den Frieden“ (Renewed heart for peace) richtete der Bischof von Down und Connor (Belfast), Cabal Daly, zum Jahresbeginn 1984 einen Friedensbrief an seine Gläubigen. Der Brief des Bischofs ist nicht nur ein engagierter Appell, sondern eine klarsichtige Analyse der Ursachen des Nordirlandkonflikts. Das IRA-Attentat auf die britische Regierung während des Parteitags der Konservativen in Brighton verleiht dem Brief eine besondere Aktualität. Zugleich ist er Ausdruck kirchlichen und politischen Mutes in einer scheinbar ausweglosen Situation. Wir dokumentieren den Wortlaut in einer gekürzten Fassung, weil wir der Meinung sind, daß er besser und eindringlicher als viele „Front“- und Hintergrundberichte klarmacht, warum der Nordirlandkonflikt bislang kein Ende findet.

Gerechtigkeit als Bedingung des Friedens

... Für dieses Jahr lautet die Botschaft des Papstes: „Der Friede kommt aus einem neuen Herzen.“ Er sagt: Er ist

das Herz des Menschen, das erneuert werden muß, damit Systeme, Institutionen und Methoden erneuert werden können ...

Jeder katholische Bischof hat die Pflicht, diese Wahrheit zu bestätigen und ohne Unterlaß den Ruf zur Umkehr zu wiederholen. Wir müssen auf dieser Botschaft bestehen, sei sie genehm oder nicht, falsch verstanden, entstellt oder für Propagandazwecke mißbraucht. Ein Bischof darf sich nicht von Erwägungen politischer Nützlichkeit beeinflussen lassen ...

Es ist an der Zeit, der Tatsache ins Gesicht zu schauen, daß Gerechtigkeit neue politische Einrichtungen für Nordirland voraussetzt. Die Tragik Nordirlands besteht darin, daß dem Land niemals eine *Verfassungsregelung* gegeben wurde, die der politischen Überzeugung seiner gesamten Bevölkerung entsprochen hätte. Seine *unionistische* Bevölkerung ist zu groß, als daß sie in ein gleichförmiges geeintes Irland aufgesogen werden könnte; die *national gesinnten* Bewohner sind zu zahlreich, als daß sie

von einem gleichförmigen Nordirland absorbiert werden könnten. [*Unionisten* wollen die Vereinigung mit Großbritannien aufrechterhalten. Die *Nationalen* erstreben die Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland.] Es war jedoch gerade ein Einheitlichkeits-Verfassungsmodell, das bei der Schaffung des Staates für Nordirland entworfen wurde. Diese Verfassung war der unionistischen Bevölkerungsgruppe gemäß; sie entsprach indessen nicht dem national gesinnten Teil.

Nordirland wurde als integraler und untrennbarer Anteil des Vereinigten Königreiches erklärt, und seine Bürger wurden als britisch definiert. Das bezeichnet genau den Standort unionistisch-politischer Grundsätze; es ist ein natürlicher und gerechter Ausdruck unionistischer Erwartungen und eine Verbürgung der Rechte des unionistischen Teils der Bevölkerung. Aber die Bestrebungen und Rechte der national gesinnten Bevölkerung werden vollständig ignoriert; sie ist von der Definition her nichtunionistisch. Unter der nordirischen Konstitution konnten die Bewohner mit nationaler Ausrichtung – wenn sie dabei bleiben wollten – nicht aufrichtig eine Verfassung bejahen, die unionistisch war. Sie konnten nicht hoffen, an der Regierung des Landes mitzuwirken, außer, sie ersetzen ihre nationalen Überzeugungen durch unionistische. Es liegt eine grundlegende Ungerechtigkeit darin, wenn eine Verfassung von einem Bürger verlangt, seine politische Partei zu wechseln, bevor er an der Führung des Staates teilnehmen kann, dessen Bürger er immerhin ist.

Das gleichförmige und monopolistische Modell, nach dem der nordirische Staat geschaffen wurde, hatte daher von Anfang an einen verhängnisvollen Riß. Nur ein Verfassungsentwurf, der die Gegensätzlichkeit der politischen Überzeugungen berücksichtigt hätte, wäre den berechtigten Ansprüchen beider Teile der Bevölkerung gerecht geworden und hätte nur so Erfolg haben können. Ein solcher Entwurf hätte Versöhnung zwischen ihnen eingeleitet. Dieser Mangel wurde in der Praxis in etwa durch eine Verwaltung behoben, die auf vielen Gebieten Fortschritte machte und zum allgemeinen Wohl beider Bevölkerungsgruppen beitrug. Doch die Verfassung selbst bewirkte ein Gefühl der Entfremdung beim national gesinnten Teil des Volkes. Dieses Bewußtsein wurde verschärft durch die Erfahrung einer Ungleichheit bürgerlicher und politischer Rechte und wirtschaftlicher Möglichkeiten sowie durch unterschiedliche Behandlung in der Arbeitsbeschaffung. Verschiedene Berichte der „Behörde für gerechte Arbeitsverteilung“ haben darüber gut dokumentierte Nachweise erbracht.

Zwei unterschiedliche Volksgruppen

Die *anormale Beschaffenheit der Verfassung und des Staates Nordirland* zeigt sich in der ständigen Schwierigkeit, für diesen Landesteil eine allseits befriedigende Bezeichnung zu finden. „Nordirland“ hat augenfällige geographische Ungereimtheiten. „Ulster“ ist für die national ausgerichteten Bürger unannehmbar, da dieser Name drei

Ulster-Grafschaften ausschließt. „Provinz“ bedeutet für Unionisten einfach einen Bezirk von Großbritannien, für die Nationalen kennzeichnet das hingegen einen Teil der vier historischen Provinzen Irlands. Die „sechs Grafschaften“ ist für Unionisten beleidigend. „Besetztes Irland“ klingt für sie bedrohlich und ist zudem ihnen gegenüber ungerecht; denn dieser Ausdruck legt nahe, daß die Unionisten fremde Eroberer sind, die in Irland keinerlei Rechte haben. „Nordirland“ ist der am wenigsten unbefriedigende Name und wird mehr und mehr allgemein anerkannt. Eine ähnliche Schwierigkeit verbindet sich mit dem Namen von Nordirlands zweiter Stadt [Londonderry für Unionisten; Derry für die nationalen Anhänger].

Die Verwicklungen der Namengebung erscheinen vielleicht belanglos. Sie sind jedoch wichtig, weil sie klarmachen, daß in Nordirland *zwei unterschiedliche Volksgruppen* leben. Jede hat ein verschiedenes Bewußtsein ihrer geschichtlichen Identität und ihrer nationalen Begriffsbestimmung. Einige ganz gebräuchliche britische Methoden, Nordirland zu beschreiben, verdecken diese grundlegende Wirklichkeit. Wenn eine Regierung sich verpflichtet, „die Union aufrechtzuerhalten, solange die Majorität in Nordirland britisch bleiben will“, sollte nie vergessen werden, daß damit *nur die Unionisten* unter der Bevölkerung gemeint sind. Man spricht dabei nicht etwa von einer politischen Mehrheit, die sich aus Wahlen ergibt, wie das in einer normalen Demokratie der Fall ist. Diese Art sich auszudrücken verschleiert den wahren Sachverhalt. Sie leugnet die Tatsache, daß zwei Fünftel der Bevölkerung „nicht vorziehen, britisch zu sein“. Politische Gerechtigkeit verlangt ausgewogene Zusicherungen. Wenn immer den Unionisten eine Gewähr ihrer politischen und rechtlichen Lage zugestanden wird, sollte den national gesinnten Bürgern eine parallele Zusicherung gegeben werden.

Wenn, wie es häufig geschieht, Ausdrücke wie „die Bewohner Nordirlands“ oder die „Ulsterleute“ gebraucht werden, um den unionistischen Teil der Bevölkerung zu bezeichnen, so liegt eine ähnliche Verdunkelung des wahren Sachverhalts vor. Solche Benennungen erklären die national gesinnte Bevölkerungsgruppe zum „Nicht-Volk“. Sie leugnen jeweils das Recht der Nationalen, das sie als solche definiert: nämlich ihren Wunsch nach Vereinigung mit dem übrigen Irland.

Nicht weniger anstößig ist es andererseits, vom „irischen Volk“ zu sprechen, wenn damit, wie es normalerweise geschieht, nur der nationale Teil der Bevölkerung gemeint ist. Vom „Recht der irischen Bevölkerung zur Selbstbestimmung“ reden heißt in Wirklichkeit, den Unionisten jene Rechte vorenthalten, die sie als Unionisten kennzeichnet, nämlich ihr Wunsch, mit Großbritannien in Union zu bleiben.

Diese übliche, langgewohnte Art, die nordirische Situation zu sehen, kann britische Politiker ganz unbewußt dahin führen, von der nordirischen Bevölkerung so zu denken und zu sprechen, als ob sie sich mit dem unionistischen Anteil der Einwohner decke. Besuche von Premier-

ministern können geplant, Tagungen einberufen und Reden gehalten werden, als ob sie sich auf eine einheitlich gegliederte unionistische Bürgerschaft bezögen. Man kann offensichtlich vergessen, daß es trauernde Witwen gibt, Eltern und Verwandte von katholischen Opfern sektiererischer Morde, die Anteilnahme genauso brauchen wie die Witwen und Verwandten von getöteten Mitgliedern der britischen Streitkräfte.

Einem Gebiet wie Nordirland mit seinen zwei Volksgemeinschaften, dem eine verfassungsmäßige Übereinstimmung fehlt, müßte eine Verfassung und müßten politische Einrichtungen gegeben werden, die seine Verschiedenheit widerspiegeln. Ein einheitliches Verfassungsmodell für Nordirland hat sich nicht bewährt und wird es nie tun ... Der Aufruf des Papstes für einen Wandel des Herzens, von dem allein der Friede kommen kann, muß sich daher an die *britische Regierung* richten. Großbritannien hat die mangelhafte Verfassung entworfen und in Kraft gesetzt, und da liegen letztlich die Ursachen für unsere gegenwärtigen Probleme. Großbritannien hat heute die Hauptverantwortung, seine Fehler wiedergutzumachen. Verfassungsgemäße Regelungen, die einer zweipoligen Bevölkerung entsprechen, müssen als Grundlage für eine dauernde und gerechte Lösung in Irland ausgearbeitet werden. Diese gerechte Übereinkunft muß als eines der wichtigsten nationalen Interessen Großbritanniens angesehen werden, sogar als eine seiner größten Verpflichtungen gegenüber der europäischen und internationalen Gemeinschaft.

Die britische Regierung hat selbst das Nordirlandproblem in Ausdrücken definiert, die seine unterschiedlichen nationalen Wesenszüge klar herausstellen. Das Dokument „Nordirland – ein Rahmenwerk für stufenweise Entwicklung“ vom April 1982 stellt fest: „Die Mehrheit der Bevölkerung in Nordirland betrachtet sich als britisch. Diese Bürger sehen sich als Teil des sozialen und kulturellen Gefüges des Vereinigten Königreiches, und ihre Treue gehört der Krone. Sie wünschen die Fortdauer der Vereinigung mit dem Rest des Vereinigten Königreiches.“

Es gibt auch eine nicht unbedeutende Minorität in Nordirland, die sich als irisch betrachtet, aus Gründen ihrer Identität, aus ihren sozialen und kulturellen Überlieferungen heraus oder aufgrund ihrer politischen Bestrebungen. Viele von ihnen unterstützen politische Parteien, die in der einen oder anderen Weise ein geeintes Irland sehen möchten. Dieser Unterschied im Bewußtsein der eigenen nationalen Wesenszüge und des politischen Denkens liegt dem „Problem“ Nord-Irland zugrunde; es kann nicht übersehen oder weggewünscht werden.

Es genügt jedoch auch nicht, die „zwei Identitäten“ zu unterscheiden. Es ist eine politische Notwendigkeit und eine moralische Verpflichtung, verfassungsrechtliche Reformen einzuführen, die beiden Gruppen volle, in der Verfassung begründete Anerkennung verleihen und jeder von ihnen auf allen Ebenen, die Entscheidungen erfordern, auch den entsprechenden politischen Ausdruck geben.

Notwendigkeit einer Änderung bei den Unionisten

Ein gleichlautender Appell muß sich an die *Unionisten* wenden. Republikanische militärähnliche Verbände suchen Unterstützung für Gewalt. Sie finden sie aufgrund des Anspruchs, daß es keinen anderen Weg gebe, die politische Sackgasse aufzubrechen, die von der Unnachgiebigkeit der Unionspolitiker geschaffen wurde. Sie suchen zu beweisen, daß die Politik keine Lösung angeboten hat und niemals eine vermitteln kann, daß auch niemand die Absicht hat, eine politische Alternative zur Gewalt zu suchen. In unser aller Interesse ist es lebenswichtig, daß dieser Anspruch seiner Glaubwürdigkeit beraubt wird.

Es ist wesentlich, daß die gegenwärtige politische Unbeweglichkeit in Nord-Irland beendet wird. Es ist dringend notwendig, daß politische Führer ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit zeigen, indem sie politische Möglichkeiten anbieten, die den Kampf innerhalb der Bevölkerung beenden können. Wenn Unionisten das zurückweisen und weiterhin die altmodischen „*No surrender*“- (keine Kapitulation)-Schlachtrufe wiederholen, wird die Gewalt endlos weitergehen. Unter der Voraussetzung, daß Verfassungsformen und -einrichtungen gegeben würden, die für beide Seiten annehmbar wären, könnten Unionisten und Anhänger der nationalen Einigung ihre Kräfte und Begabungen vereinen, um unsere erschütterte Wirtschaft wieder aufzubauen ...

Das wird nur geschehen, wenn die *Politiker* sich der Herausforderung eines Wandels stellen. Täten sie das, so könnte den *Paramilitanten* Sympathie und Unterstützung schnell entzogen werden, und für beide Teile der Bevölkerung würde der Wiederaufbau beginnen. Bei der Politik geht es um Wandel. Es muß im Interesse der Gerechtigkeit ein friedvoller Wandel durch Übereinstimmung sein. Da Politik wesentlich Suche nach Übereinkommen (consensus) durch Verhandlung, Diskussion und vernünftigen Kompromiß bedeutet, sind solche Politiker, die nur schreien: „Keine Unterwerfung“ nicht eigentlich an der politischen Entwicklung beteiligt. Präsident John F. Kennedy sagte: „Wer friedliche Revolution unmöglich macht, wird gewalttätige Revolution unvermeidlich machen.“ In unserer Lage könnten wir diesen Ausspruch so umschreiben: „Diejenigen, die in Nordirland einen Konsens durch politische Mittel unmöglich machen, werden die Gewalt zwischen den beiden Volksgruppen endlos verlängern.“

London und die Regierung in Dublin müßten in dieser Richtung eine *starke Führung* bereitstellen. Die Westminster-Regierung, der die Unionisten anhängen, trägt die Hauptverantwortung. Die gegenwärtige Premierministerin ist in einer stärkeren politischen Position, diese Führung zu geben, als irgend jemand sonst: Wenn sie ihren unzweifelhaft guten Willen und ihre Geschicklichkeit der irischen Frage zuwendet, könnte eine gerechte Lösung gefunden und der Friede wiederhergestellt werden. Wenn sie als britische Premierministerin die Architektin einer

Lösung der irischen Frage werden sollte, wäre ihr Platz in der Geschichte gesichert ...

Notwendigkeit eines Wandels bei den Paramilitanten

Die Forderung für eine *politische Lösung*, die beiden Volksgemeinschaften gerecht wird, muß von einer klaren Feststellung begleitet sein, die die augenblickliche physische Gewaltkampagne für unmoralisch erklärt. Es ist in der Tat die unmittelbarste Pflicht eines irischen katholischen Bischofs in dieser Zeit, den Feldzug paramilitärischer Gewalt, wie er in Namen des Republikanismus geführt wird, als moralisches Übel zu erklären. Diese Kampagne wird von Leuten mit katholischem Hintergrund geführt; Katholiken geben ihr ihre Unterstützung und verschaffen ihr die Sympathie, die man ihr entgegenbringt. Dies sind die Menschen, denen ein katholischer Bischof im Namen Gottes moralische und geistliche Führung geben muß.

Wenn ich als Bischof von Down und Connor [Belfast] diese Kampagne für moralisch unrecht und unverfechtbar halte, tue ich das mit der Verantwortung und Autorität, die Gott mir verliehen hat. Ich rede nicht politisch. Ich spreche religiös. Ich erkläre eine Lehre, die für Katholiken bindend ist. Ich wende mich an das republikanische Para-Militär, ich appelliere an sie im Namen Jesu Christi, dessen Diener und Botschafter zu sein meine Berufung ist, auf diese Unterweisung zu hören. Ich fordere sie auf, sich von der Gewalt abzuwenden und statt dessen nicht-gewaltsame Pläne für Gerechtigkeit zu entwickeln.

Ich wende mich an die jungen Menschen, die versucht sind, *paramilitärischen Bewegungen* beizutreten. Sie sollten wissen, daß sie damit schwer sündhafte Handlungen begehen. Diejenigen, die Leuten, die in paramilitärische Aktivitäten verflochten sind, ihnen Unterstützung, Mitarbeit, Information oder Unterschlupf gewähren, teilen das Sündige dieser Handlungen. Niemand sollte sich durch *das Gerede von einem „gerechten Krieg“* irreführen lassen. Vorkämpfer physischer Gewalt, die sich auf die „Theologie vom gerechten Krieg“ berufen, befinden sich im Irrtum. Diese weithin mißverständene Theologie war nicht dazu bestimmt, Kriege zu rechtfertigen. Sie war vielmehr eine Theologie, die dahin zielte, Kriege zu verhindern, indem sie strenge Bedingungen aufstellte, ohne die kein Krieg gerechtfertigt sein kann. Sie zielte ferner darauf, einige der schlimmsten Ausschreitungen des Krieges zu ächten und durch eine genaue Definition der Handlungen in einem im übrigen gerechten Krieg zu erklären, welche Aktionen moralisch annehmbar und welche in jeder Art von Krieg verboten sind. Gemessen an jedem einzelnen Kennzeichen der traditionellen Theologie des „gerechten Krieges“, ist die gegenwärtige republikanische Gewaltkampagne moralisches Unrecht, und die Handlungen, zu denen sie ihre Mitglieder verpflichtet, sind moralisch falsch.

Wenn politische Organisationen, die mit paramilitäri-

schen Bewegungen zusammenhängen, Wahlstimmen suchen, bieten sie ein vielfältiges politisches „ticket“ an, einschließlich solch lobenswerter Ziele wie Sozialreform, Häuserrenovierungen, Umweltverbesserungen. Unterstützung paramilitärischer Umtriebe wird selten direkt gesucht. Wenn jedoch für diese Organisation eine Stimme abgegeben wird, gilt sie als eine Wahlentscheidung für Gewalt. Die Wähler sind verpflichtet, sich darüber klar zu sein.

Wenn ich das sage, entscheide ich mich damit nicht für eine Partei. Ich nenne ein *moralisches Prinzip*: Es wäre zu begrüßen, wenn die in Frage stehenden Organisationen das Gewehr beiseite legten und statt dessen ernsthaft zu einer politischen Lösung beitragen. Das sollte auf der Grundlage von Beweisführung, Verhandlung und Handeln ohne Gewalt geschehen. Mit diesen Mitteln müßte Gerechtigkeit angestrebt werden. Aber bis das geschieht, können die Wähler nicht von der schweren moralischen Verantwortung befreit werden, ihre Stimmzettel für das Gewehr abzugeben zu haben.

Es ist ungerecht und widersprüchlich, Wähler zugunsten angeblich politischer Organisationen in einen solchen moralischen Zwiespalt zu versetzen. Sie mißbrauchen die politische Entwicklung. Für sie ist Politik nicht, wie es sein sollte, eine vernünftige und friedliche Alternative zur Gewalt. Es ist lediglich ein „bewaffneter Kampf“, der mit verschiedenen Mitteln durchgeführt wird. Er steht aller wahren Politik entgegen.

Widersprüche des republikanischen Paramilitarismus

Der Versuch, die Wahlurne in der einen und die Waffe in der anderen Hand zu tragen, widerspricht sich selbst. Es gibt jedoch im gegenwärtigen Paramilitarismus noch weitere *Widersprüche*. Das Ziel war von jeher – und wird nun klarer denn je ersichtlich –, sowohl die Gesellschaft der irischen Republik wie auch die Nordirlands zu untergraben. Die Anhänger der Bewegung handelten völlig logisch, als sie einen Angriff auf die irische Armee und die Garda Síochána [unbewaffnete Polizei] versuchten, selbst wenn sie in jenem Augenblick mit deren Taktik nicht einverstanden waren. Republikanische Paramilitanten haben in bewaffnetem Kampf den ersten irischen Soldaten seit dem Bürgerkrieg (1922–23) getötet. Sie haben auf Jahre hinaus Verordnungen, Gesetze und die den Frieden bewahrenden Truppen des unabhängigen Irischen Staates geschädigt. Sie haben *Präzedenzfälle* geschaffen und eine Welle gewalttätiger Verbrechen ausgelöst, die in den einst so friedlichen Gebieten Irlands bis in die entlegensten Gegenden hinein ihre Narben hinterlassen hat.

Eine der größten Leistungen des neuerdings unabhängigen irischen Staates bestand darin, daß zum ersten Mal in Jahrhunderten der Friede im Land durch eine *unbewaffnete Polizei* aufrechterhalten werden konnte. Für einen Staat, der aus einer bewaffneten Revolution und einem bitteren Bürgerkrieg hervorging, war das ohne Präze-

denzfall. Es war eine Leistung, auf die jedes Land stolz sein könnte. Es wäre ein Rückschritt, wenn diese Entscheidung jemals zurückgenommen werden müßte. Soweit jetzt eine Einschränkung erfolgen mußte, ist das irische Paramilitär dafür zu tadeln. Sie haben begonnen, die Leistungen früherer Republikaner ins Gegenteil zu verkehren, und sie bedrohen die demokratischen Entwicklungen, die durch die Opfer vergangener Generationen ermöglicht wurden.

Hier läge sicherlich ein Grund für paramilitärische Republikaner, ihr Gewissen darüber zu erforschen, daß es jetzt nur sie und die loyalistischen Extremisten (loyal der britischen Krone gegenüber) sind, die den beleidigenden Ausdruck „Freistaat“ für die Republik Irland gebrauchen . . . Extreme Loyalisten und paramilitärische republikanische Aktivisten haben noch andere gemeinsame Kennzeichen. Wenn jemals ein Vorschlag gemacht wird, der eine gewisse Grundlage zur Versöhnung oder auch nur etwas Hoffnung auf eine vernünftige Lösung anbietet, dann rücken beide Gruppen von entgegengesetzten Flügeln aufeinander zu, verunglimpfen das Werk und zerstören es. In vieler Hinsicht braucht tatsächlich der paramilitärische Republikanismus den extremen Loyalismus und umgekehrt. Sie füttern geradezu einander.

Jüngste Ereignisse haben unter der Bevölkerung der Republik den Abscheu gegenüber den paramilitärisch-national Gesinnten verschärft. Das *republikanische Anliegen* ist in Verruf geraten. Die Schuld tragen jene Republikaner, die mit physischer Gewalt vorgehen. Die republikanische Gewalt der letzten fünfzehn Jahre hat der Glaubwürdigkeit der irischen nationalen Gesinnung in den Augen der Welt großen Schaden zugefügt. Je länger dieser Feldzug andauert, um so mehr wird er die große Mehrheit der Bürger der Republik Irland entfremden. Sollte seinen politischen Vertretern jemals etwas wie ein annehmbarer Auftrag angeboten werden, der es ermöglichen würde, zur nördlichen, national gesinnten Gemeinschaft zu sprechen, so könnte diese Bevölkerungsgruppe sich plötzlich von allen ihren Freunden isoliert finden. Die Endphase wäre unvergleichlich schlimmer als der Zustand, in dem sie sich vor der Kampagne befanden.

Paramilitärische Republikaner haben jedoch nicht nur ihre eigenen Landsleute getötet, als sie damals die Gardai oder Soldaten der Irischen Armee angriffen; die Mehrheit der britischen Streitkräfte, die gegenwärtig in Nordirland eingesetzt wurden, sind selber Nordiren. Bei weitem der größte Teil aller Opfer republikanischen Tötens über die letzten Jahre waren Iren. Die Opfer waren meistens Unionisten, die ganz natürlich und folgerichtig im Einklang mit ihren Grundsätzen der Union handelten. Milchmänner sind beim Milchaustragen getötet worden; Postboten beim Austragen der Briefe; Busfahrer, die Kinder befördern, Polizisten, die Schulkindern über die Straße helfen, Polizisten, die den Verkehr regeln . . . Politiker, die der Union anhängen, sind getötet worden. Solches Töten konnte von Oppositionspolitikern nur als Mord angesehen werden. Daß er aus politischer Überzeugung ge-

schah, änderte nichts an der Bezeichnung. Protestanten konnten darin nichts anderes als sektiererische Morde sehen, die nur verübt wurden, weil es sich um Protestanten handelte. Eine solche Handlungsweise ist ein Verrat am historischen Republikanismus.

Verhinderte soziale Gerechtigkeit

Paramilitärische Republikaner stellen ihren Kampf der Gewalt als den einzigen Weg der Befreiung dar. Die am meisten ihrer Rechte beraubten Gebiete Nordirlands können nach ihrer Behauptung nur so der Beraubung und Unterdrückung, den Benachteiligungen und schließlich der Belästigung durch die Streitkräfte entgehen. Sie erhalten Unterstützung vorwiegend aufgrund solcher Aussagen.

Es ist merkwürdig, daß sie nicht sehen, und es ist traurig, daß andere Leute ebenfalls nicht zu sehen scheinen, wie paramilitärische Gewalt nur noch größere Entbehrungen bewirkt. Sie vertieft die Niedergeschlagenheit und fordert die ärgerlichen Reaktionen der Streitkräfte heraus.

Der national denkende Teil der Bevölkerung leidet am meisten unter dem paramilitärischen Republikanismus. Katholische Gemeinschaften sind ihre ersten Opfer. Einige republikanische Aktivisten haben unleugbar ein soziales Gewissen und eine richtige Einstellung zur Gerechtigkeit. Aber es liegt in der Natur der Guerillakämpfe, daß die Gemeinschaft, aus der heraus sie entstehen, den Preis zu zahlen hat. Die Unschuldigen sind es, die leiden müssen.

Das Vorgehen der Paramilitanten vermehrt die *Arbeitslosigkeit*. Die Anschläge auf sogenannte „wirtschaftliche Ziele“ haben Katholiken und Protestanten arbeitslos gemacht. Paramilitärische Operationen führen zu aller Art antisozialen Verhaltens. Sie haben destabilisierende und demoralisierende Wirkungen. All dies ist das genaue Gegenteil von Befreiung. Gewalt bewirkt von Natur aus in der gesamten Umgebung eine antisoziale Haltung. Wenn Gewalt erst einmal entfesselt ist, kann sie nicht nach Belieben einfach abgeschaltet werden. Ihre eigene Triebkraft trägt sie in Verbrechen und Gesetzlosigkeit hinein, in Zerstörung und Vandalismus. Trink-Klubs, die mit paramilitärischen Organisationen zusammenhängen, sind eine Quelle groben Mißbrauchs. Kinder, die vom Paramilitär in den Taktiken von Straßenaufständen geschult wurden, sind sehr empfänglich dafür, ganze Nachbarschaften zu terrorisieren und das Leben für die Bewohner unerträglich zu machen. Das trifft vor allem die alten Menschen. Unleugbar prägen Verbrechen, Zerrüttung der Ehen, Vernachlässigung der Familien die katholischen Gebiete jetzt stärker als vor Ausbruch des sogenannten „bewaffneten Kampfes“, der ihnen Befreiung versprach. Diese Wirkungen sind nicht direkt von den paramilitärischen Militanten beabsichtigt, aber sie sind die unvermeidliche Folge ihres Vorgehens.

„Entstabilisieren“ ist eines der bevorzugten Worte der paramilitärischen Republikaner. Aber weder britisches noch offiziell nordirisches oder unionistisches Eigentum

werden „ent-stabilisiert“, es sind vielmehr katholische Gemeinschaften, katholische Pfarreien, die den Folgen einer solchen Handlungsweise am meisten ausgesetzt sind. Das Ehe- und Familienleben in den betroffenen Familien wird schwer geschädigt. Ein Teil des Tributs des Paramilitarismus sind zerbrochene Familien und unkontrollierbare Kinder. Es muß die Paramilitaristen selber quälen, die Folgen ihres Handelns in den eigenen Ehen und an ihren eigenen Kindern zu erleben. Aber das ist das unvermeidliche Ergebnis ihrer Kampagne, und solange sie dauert, ist keine Heilung zu erwarten. Republikaner sprechen von einem tapferen, neuen Irland, das aus der Asche erstehen wird, nachdem die Gewehre zur Seite gelegt sind. Aber das neue Irland wird bereits durch den Feldzug physischer Gewalt geschaffen, und es ist ein Irland, über das Republikaner von früher entsetzt wären.

Paramilitärische Aktivität verursachte ungeheure Auslagen für Sicherheitskräfte in Nordirland und verhältnismäßig noch größere in der Republik. Hätte man die Millionen, die in letzter Zeit in den Grafschaften Leitrim und Mayo für Sicherheit aufgeboden wurden, statt dessen der wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Förderung in diesen unterentwickelten Grafschaften zugute kommen lassen, so wäre damit ein echter republikanischer Traum verwirklicht worden. Die *Ausgaben für Sicherheitskräfte*, die in den letzten Wochen allein für die Republik aufgebracht wurden, hätten viel dazu beitragen können, die Erziehungseinrichtungen für Kinder in den Innenbezirken Dublins zu verbessern. Das wäre die Ausführung des demokratischen Programms des ersten Dail Eiream [Abgeordnetenversammlung in der irischen republikanischen gesetzgebenden Körperschaft]; das republikanische Paramilitär ist die Ursache dafür, daß Geld, das für die Streitkräfte ausgegeben wird, im Grunde jenes Geld ist, das kleine Bauern und ohnehin benachteiligten Kindern gestohlen wird. Ich brauche kaum hinzuzufügen, daß Raubüberfälle auf Läden, Firmen, Banken und Postämter durch das gleiche Paramilitär ebenfalls den Lebensstandard der Volksgemeinschaft empfindlich treffen. Kürzliche Untersuchungen haben die enormen Kosten aufgedeckt, die der Wirtschaft und den Menschen in Süd- und Nordirland durch die Kampagne der Gewalt zugemutet werden ...

Polarisierung und die Nutzlosigkeit der Gewalt

Paramilitärische Kampagnen können nur am Leben erhalten werden, wenn Leidenschaft und Haß ständig geschürt werden ...

Wir können in ganz Nordirland wahre „Haßpsychosen“ beobachten. Beide Gemeinschaften, die unionistischen wie die national gesinnten, werden von der Gewalt mehr und mehr auseinandergetrieben. Die Gegensätze wachsen ständig im direkten Verhältnis zur Gewalt.

Jede intelligente Analyse des nordirischen Problems würde jedoch zeigen, daß für keine unserer Gemeinschaften das Leben erträglich ist, bevor nicht Versöhnung zwi-

schen ihnen zustande kommt. Das republikanische Paramilitär spricht davon, „ein für allemal das unbeendete Geschäft von 1916 zu beenden“ [Osteraufstand in Dublin]. Von der Zeit 1916–1920 sind tatsächlich noch viele Dinge zu erledigen. Es geht um Versöhnung zwischen den Anhängern der Union und der national gesinnten Gemeinschaften in Nordost-Irland. Nur übereinstimmende politische Anordnungen und die Einrichtung versöhnender politischer Institutionen würden ein friedliches und konstruktives Miteinander ermöglichen. Doch eine solche Situation wurde niemals geschaffen. Es ist dringend, sie jetzt zu schaffen. Aber die Gewalt macht ihr Entstehen unmöglich.

Aus all diesen Gründen muß nach der grausamen Erfahrung von fünfzehn Jahren die *Gewalt* als moralisch und politisch bankrott erklärt werden. Sie hat nichts zur Erreichung ihrer erklärten Ziele beigetragen. Sie hat ihre Anhänger zu Aktionen getrieben, die diese selber am Anfang für unmöglich gehalten hätten. Einige der frühen Anführer beklagen sie inzwischen. Von allen Methoden, die eine Lösung unserer Probleme erreichen sollten, ist die Gewalt nachweislich die einzige, die nie Erfolg haben wird. Ihre unabwendbaren Folgen sind das genaue Gegenteil der angestrebten Absichten.

Es gibt keinerlei Aussicht auf Gerechtigkeit, *bevor* die physische Gewaltkampagne nicht eingestellt wird. Die Unfähigkeit der Gewalt, Gerechtigkeit zu bewirken, ist überzeugend erwiesen. Die Macht friedlicher Mittel, Gerechtigkeit zu erreichen, ist noch nicht ernstlich versucht worden ...

Mit der Einstellung der Gewalt würde die Gegensätzlichkeit zwischen unseren beiden Bevölkerungsgruppen sich schnell verringern. Eine gemäßigte Auffassung könnte sich durchsetzen und zu Frieden und Gerechtigkeit führen. Die Weltöffentlichkeit könnte bewogen werden, auf eine gerechte politische Lösung des irischen Problems zu drängen. Europäisches und amerikanisches Geld stünde für einen Wiederaufbau gewiß zur Verfügung. Ebenso könnten dann die britische und die irische Regierung dazu gebracht werden, die Gelder, die zur Erhaltung der Streitkräfte notwendig sind, für den Wiederaufbau der am meisten heimgesuchten Gebiete zu verwenden. Auch könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und zwar so, daß eine *gerechte Verteilung der Beschäftigung* für beide Teile der Bevölkerung zugesichert wird. Die katastrophale Arbeitslosigkeit vor allem in Gebieten der national Gesinnten, die Wohnverhältnisse, die besonders in den großen Häuserblocks menschlicher Würde spotten, die Verelendung in ihren verschiedenen Formen, all dies bedingt Entfremdung und Gewalt. Aber die Gewalt verschlimmert noch alles. Die Errichtung von Neubauten, Schutz der Umwelt, Industrieunternehmen in großem Maßstab – all dies sind geradezu schreiende Notwendigkeiten. Doch die Gewalt steht dem entgegen; sie verzögert den Tag der sozialen Gerechtigkeit ...

Der *Widersinn physischer Gewalt* ist nun unverhüllt offenkundig. Ich zweifle nicht daran, daß Padraig Pearse [Mit-

glied der „Irishen Bruderschaft“, Dublin, 1913] längst die Kampagne beendet hätte, wie er es am Samstag der Osterwoche 1916 tat, „um ferneres Morden von Bürgern zu verhindern“. Die Unterzeichner der Republikanischen Proklamation von 1916 sagten: Wir beten, daß niemand, der dem Anliegen der Irishen Republik dient, sie durch Unmenschlichkeit oder Plünderung entehrt ...

Die Kirchen und ihr Auftrag zur Versöhnung

Man wird mir vorwerfen, daß ich über Politik spreche und nicht über den christlichen Glauben. Was ich jedoch sagte, betrifft Gerechtigkeit, Menschenrechte, politische Rechte, Bedingungen für Versöhnung und Frieden. Sie alle sind wesentliche Bestandteile des christliche Evangeliums. Die Lehre Christi ist eine geistliche Botschaft, ein Aufruf zur Umkehr des Herzens. Aber das hat soziale und politische Konsequenzen. Es ist auch ein Ruf zur *Erneuerung der Gesellschaft* und ihrer Strukturen, damit sich Gottes Reich auf Erden wie im Himmel ausbreiten kann. Die Erneuerung der Herzen ist untrennbar mit einem Wandel in der Gesellschaft verbunden. Ein Kirchenmann hat weder das Recht noch die Zuständigkeit, verfassungsrechtliche oder politische Blaupausen vorzulegen. Aber es ist sowohl seine Verantwortung als auch sein Recht, moralische Maßstäbe aufzuzeigen, die den Rahmen für solche Pläne bilden müssen, wenn die Gerechtigkeit zum Zug kommen soll.

Die Kirchen tragen in der Tat eine besondere Verantwortung, was die Erneuerung der Herzen und der Gesellschaft angeht. Nur die christliche Botschaft von Frieden, Gerechtigkeit und Liebe kann unsere beiden Gemeinschaften miteinander versöhnen. Die Kirchen müssen furchtlos und unermüdlich diese Wahrheit verkünden. Sie müssen Wege zur Versöhnung der getrennten Gruppen der Bevölkerung aufzeigen und beständige und mutige Führung geben. Das Bemühen um Versöhnung muß in unserem Dienst für das Gottesreich den ersten Platz einnehmen. Wir müssen in unseren kirchlichen Gemein-

schaften „Diener der Versöhnung“ heranbilden, Geistliche und Laien, Männer und Frauen, die Gottes Zeugen für den Frieden werden.

Es gibt ein altes Sprichwort: Wir wählen unsere Freunde, und Gott wählt unsere Nachbarn. Gott hat unsere beiden Gemeinschaften, Protestanten und Katholiken, national Gesinnte und Unionisten, als Nachbarn auf diese Insel gebracht. Er tat das nicht, damit wir zwei einander bekämpfende Gemeinschaften sind, sondern, „um die zwei in seiner Person [Christus] zu dem einen neuen Menschen zu machen“ (Eph. 2, 15). Zu dieser Bekehrung sind wir, da dieses neue Jahr heraufzieht, eingeladen ...

Doch die Versöhnung von Mensch zu Mensch genügt nicht; sie muß auch zwischen den beiden Gemeinschaften zustande kommen. Die politischen Einrichtungen müssen Zeichen der Versöhnung tragen. Nicht nur Herzen müssen erneuert werden, auch die Strukturen der Gesellschaft müssen sich diesem Wandel stellen ...

Die Berge, die unsere Stadt einschließen, haben durch Generationen so viel Haß und Vorurteil, Gewalt und Töten, Schmerz und Leid gesehen, und Christen haben das einander angetan. Statt dessen sollten diese Hügel Vergebung und gegenseitige Hilfe zwischen unseren beiden Gemeinschaften umfassen. Das wäre aber nur möglich, wenn wir Christus wirklich könnten und uns öffneten, so daß er sein großes Werk durchführen kann: uns von angestammtem Haß zu befreien und der Liebe zuzuwenden. Denn in unseren beiden Gemeinschaften sind viele Menschen eingezwängt in die Erinnerungen an Fehler und Ungerechtigkeiten. Wir sind Gefangene unserer Vergangenheit und können uns aus eigener Kraft nicht davon befreien. Darum bleiben wir in dieser schmerzlichen Vergangenheit wie eingekerkert, so daß wir unserer eigenen Gemeinschaft und was wir „die andere Gemeinschaft“ nennen, in der Vergangenheit soviel Elend zufügten und Hoffnungslosigkeit für die Zukunft auferlegten.

Wer kann uns freimachen für die Liebe, um einander zu vergeben und so für jede unserer Gemeinschaften eine neue Zukunft zu eröffnen? Das kann nur durch Jesus Christus, unseren Herrn, geschehen ...

Die Heiligen – ein altes und neues Thema der Ökumene

Auf dem Weg zur Entschärfung der Kontroverse

In den zahlreichen ökumenischen Konvergenzklärungen und Gesprächen, an denen katholische Theologen beteiligt waren, begegnet die alte Kontroverse um „die Verehrung und Anrufung der Heiligen“ bisher nirgends als eigenes Thema. Dies wird den überraschen, der die Geschichte der Auseinandersetzung überblickt und der um die Erbitterung weiß, mit der gerade hier um die

Wahrheit und Reinheit der christlichen Gottesverehrungen worden ist. Nicht ohne Grund gelten „die Heiligen“ als populäres *Unterscheidungsmerkmal* zwischen katholischer und evangelischer Christenheit. Gewiß hatte aber der methodische Grundsatz der ökumenischen Bewegung, von der inneren „Rangordnung der Wahrheiten“ auszugehen, ein größeres Recht, wenn zuerst nach einem